

hingegen nützte dieses Ausländerproblem zu einer handfesten, demagogischen Kampagne, vor der zuerst die SPÖ und dann auch die ÖVP kapitulierte. Das Ergebnis war die Wiedereinführung der Visumpflicht in Österreich für rumänische Staatsbürger, die Anfang September durch die Wiedereinführung der Visumpflicht für Polen ergänzt wurde. Nicht genug damit: Das österreichische Bundesheer wurde eingesetzt, um die österreichisch-ungarische Grenze, die erst kürzlich vom Eisernen Vorhang befreit werden konnte, gegen illegale Grenzgänger zu sperren. Von katholischer Seite wurde gegen diese restriktiven Maßnahmen heftig protestiert, doch die Regierung – SPÖ und ÖVP – blieb dabei, wenn auch einzelne VP-Minister öffentlich über diesen Rückschritt klagten.

Diese Zwiespältigkeit in wichtigen Fragen scheint der Volkspartei in besonderer Weise geschadet zu haben. In der „Furche“ schrieb der Wiener Weihbischof *Helmut Krätzl*, man sollte einer so geschlagenen Partei wie der ÖVP nicht noch Kummer machen. Das Verhalten der Volkspartei in der Diskussion um den Sozialhirtenbrief, die Haltung der Partei in Fragen der Entwicklungshilfe, die manchmal vorschnell „links“ etikettiert wurde, sowie der Zickzackkurs der ÖVP in der Abtreibungsdebatte habe aber gewiß Katholiken zur Meinung gebracht, daß sie mit ihren christlichen Anliegen in der Volkspartei nicht genug Beachtung fänden. Es müsse sich daher die tatsächliche Politik der ÖVP ändern.

Für die katholische Kirche eine Gelegenheit zur Gewissenserforschung

Eine Gewissenserforschung ist aber angesichts dieses Wahlausganges gewiß auch für die *katholische Kirche* in Österreich angebracht. Sie wird ihre politische Wirksamkeit überprüfen müssen, wenn sie langfristig gesehen ihre Standpunkte in so entscheidenden Problemen wie dem Schutz des Lebens oder in der Ausländerfrage nicht überzeugender artikulieren kann. Kritisch zu fragen ist weiters, ob dieses Wahlergebnis nicht auch durch eine schon

seit geraumer Zeit zunehmende politische Passivität und Naivität im katholischen Volk vorbereitet worden ist und ob nicht die Introvertiertheit der nachkonziliaren Kirche in Österreich derartige politische Prozesse gefördert hat. Die innerkirchlichen Ereignisse in Österreich, die in den letzten Jahren Resignation und Entmutigung verbreiteten, führten überdies dazu, daß sich die Aufmerksamkeit der Kirche immer stärker auf Vorgänge im innerkirchlichen Raum konzentrierte, während die Entwicklungen draußen weitgehend unreflektiert blieben.

Dazu kommt noch die prekäre Situation der österreichischen *Presse*, die mittlerweile in einen im übrigen Westeuropa unbekanntem Grad der Konzentration publizistischer Macht in den Händen einiger weniger Pressezaren hineingeraten ist und die mit auflagenstarken Blättern wie der „Kronzeitung“ in diesem Wahlkampf ganz offen Jörg Haider unterstützte. Daß dabei deutsches Kapital eine zunehmende Rolle spielt, ist eine Pikanterie am Rande, die aber doch vermerkt werden muß, weil bei der Kapitalbeteiligung der WAZ in Essen an der „Kronzeitung“ und am „Kurier“ sowie bei der Gründung des „Standard“ in Wien durch den Springer-Verlag immer wieder versichert wurde, es würden dadurch überhaupt keine redaktionellen oder politischen Fragen berührt.

Auf einen merkwürdigen Umstand muß schließlich noch hingewiesen werden: Die Volkspartei errang 1966, also im direkten Gefolge des Konzils, zum ersten und einzigen Mal die absolute Mehrheit in Österreich. 24 Jahre später wurde sie in einer beispiellosen Wahlniederlage zu einer Mittelpartei reduziert. Viele Ursachen wirken dabei mit. Ist es übertrieben, darüber hinaus auch die Folgerung zu ziehen, daß unmittelbar nach dem Konzil Katholiken in der Öffentlichkeit weit über den Kreis des Kirchenvolkes hinaus eine starke Attraktivität und viel Sympathie besaßen, während 24 Jahre später katholische Politiker offensichtlich mit einer Kirche identifiziert wurden, die durch ihren Kurswechsel gegenüber der Öffnung des Konzils, durch ihr tantenhaftes Auftreten, ihr reaktionäres Gehabe und ihre Zerstrittenheit eher unsympathisch wirkt?

Fritz Csoklich

„Die Zeit alleinstehender Nationen ist vorüber“

Fragen an Henri Ménudier über die Rolle Frankreichs nach der deutschen Einigung

Wie hat das deutsch-französische Verhältnis die stürmische Entwicklung der letzten Monate überstanden? Verliert Frankreich gegenüber einem politisch und wirtschaftlich erstarkenden Deutschland innerhalb der EG und darüber hinaus an politischem Gewicht? Wie wird Frankreich sich in einem Europa einrichten, dessen Schwerpunkt weiter nach Osten rückt? Mit diesen Fragen befaßt sich das Interview mit

dem französischen Deutschlandspezialisten und Politikwissenschaftler an der Sorbonne Henri Ménudier. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor Ménudier, welche Bedeutung hatte der 3. Oktober als Tag der Vereinigung Deutschlands für Frankreich bzw. die Franzosen?

Ménudier: Für Frankreich war dies ein sehr wichtiger Tag. Er wurde auch sehr ernst genommen. Man braucht sich nur anzusehen, was die Presse, und zwar nicht nur die Pariser, sondern auch die regionale Presse daraus machte. Es wurde sehr viel zu diesem Thema veröffentlicht, nicht nur am 3. Oktober, auch bereits vorher. Die Franzosen haben sich zunächst einmal gefreut, weil es für sie ein normaler Vorgang ist, wenn eine geteilte Nation ihre Einheit wiederfindet. Natürlich war man etwas überrascht, daß es so schnell gekommen ist. Diese Freude zeigte man im übrigen schon seit dem November letzten Jahres, also seit der Öffnung der Mauer.

„Warum sollte das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Deutschen nicht gelten?“

HK: Ein prominenter Franzose, Jacques Delors, nahm als Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Feierlichkeiten in Berlin teil und zeigte sich später überrascht, wie verhalten die Deutschen dieses Ereignis begingen. Hat dieser Eindruck auch mit der unterschiedlichen politischen Kultur der beiden Länder zu tun?

Ménudier: Dieser Unterschied ist in der Tat registriert worden. Denken Sie nur einmal daran, wie wir im vergangenen Jahr die 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution begangen haben, wenn auch nicht unbedingt mit Nationalismus, so aber doch mit sehr viel mehr Pathos und Engagement. Die Deutschen haben ihre Wiedervereinigung wie ein Volksfest gefeiert – ohne jeden nationalistischen Überschwang. Man hat gespürt: Da herrscht viel Freude, aber auch viel Nachdenklichkeit. Es war gut, daß es so und nicht anders war. Nationalistische Töne hätten das Ausland, allen voran die Franzosen, sehr erschreckt. Viele Franzosen haben erst auf diese Weise – so hoffe ich wenigstens – verstanden, daß die Deutschen ein anderes Verhältnis zur Nation und vielleicht auch zum Nationalismus haben als wir. Die Deutschen sind gebrannte Kinder und insofern viel vorsichtiger, als wir es in Frankreich sind.

HK: Es ist aber wohl davon auszugehen, daß die positive Stimmung unter den Franzosen angesichts der Veränderungen in Europa weniger auf der Vereinigung Deutschlands als auf dem „Sieg“ des freien Westens über den bislang totalitären Osten beruht ...

Ménudier: Auf beidem. Natürlich zuerst auf dem Sieg der Freiheit, die sich schlußendlich durchgesetzt hat. Daß dieses Ereignis in Deutschland ausgerechnet im Jahr der 200-Jahr-Feier des Beginns der Französischen Revolution stattfand, hat die Franzosen sehr bewegt. Ein weiterer Gesichtspunkt war das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker: Wir verlangen es für alle Völker – warum sollte es ausgerechnet für die Deutschen nicht gelten?

HK: Dennoch gab es vor allem zu Beginn des deutschen Einigungsprozesses Unstimmigkeiten. In Paris fühlte man sich vom deutschen EG-Partner zu wenig in Kenntnis gesetzt über die beabsichtigte Politik: über das 10-Punkte-Programm von Helmut Kohl, die Währungs- und Sozialunion mit der ehemaligen DDR und anderes mehr. Waren das unvermeidliche Randerscheinungen einer außergewöhnlichen Situation, oder muß man sie als Symptome ernster nehmen?

Ménudier: Meine Erklärung dafür ist: Mitterrand und Kohl handelten in den Monaten von November bis März gewissermaßen mit einer unterschiedlichen Logik: Als Vorsitzender des Europäischen Rates in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 befürchtete Mitterrand, die deutsche Einheit könne alles durcheinanderbringen – sowohl das zeitliche Programm als auch die Substanz der Europäischen Gemeinschaft –, die Deutschen würden sich vor allem für die Einheit ihres Landes interessieren und weniger für die europäische Einheit. Ihm war daran gelegen, die Lage zu stabilisieren. *Helmut Kohl* stand demgegenüber unter einer ganz anderen Perspektive. Wir dürfen nicht vergessen, daß im letzten Jahr die Wahlchancen für Kohl noch sehr schlecht standen. Die Meinungsumfragen zeichneten ein negatives Bild; er hatte die Landtagswahlen verloren, und jeder mußte davon ausgehen, daß es mit seiner Wiederwahl Ende 1990 schwierig werden würde. Für Kohl stand die Innenpolitik im Vordergrund, nicht die Außenpolitik. In dieser Lage gab es zwischen beiden praktisch keine Kommunikation. Beide standen unter anderen Zwängen. Es brauchte einige Zeit, bis beide wieder auf der gleichen Welle lagen. In dieser Zeit spielte Jacques Delors eine wichtige Rolle. In Paris wie in Bonn zeigte er, daß der Prozeß der europäischen Einigung und der Prozeß der deutschen Einigung parallel laufen können.

„Deutschland wird seine Wiedervereinigung nicht zum Nulltarif bekommen“

HK: Bei der Diskussion über die Folgen des 3. Oktober für Frankreich steht die Einschätzung des wirtschaftlichen Gewichts des vereinten Deutschlands innerhalb der EG im Vordergrund. Werden mögliche negative Konsequenzen für Frankreich dabei nicht leicht überschätzt, zumal Deutschland auf Jahre hinaus mit der Bereinigung der Situation in der ehemaligen DDR belastet ist?

Ménudier: In der Diskussion um die wirtschaftliche Rolle des vereinigten Deutschlands trifft man auf einen doppelten Standpunkt: zunächst einmal sorgt man sich angesichts des großen Gefälles zwischen der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR über die wirtschaftliche Entwicklung des vereinigten Deutschlands. Man fragt sich, ob sich die Bundesrepublik da nicht übernommen haben könnte. D. h., man befürchtet Konsequenzen für Inflation, Arbeitslosigkeit, Verschuldung. Wenn es der Bundesrepublik schlecht geht, wird dies jeder in der Gemein-

schaft zu spüren bekommen. In Paris glaubt man nicht, daß Deutschland seine Wiedervereinigung zum Nulltarif bekomme. Die Europäische Gemeinschaft wird einspringen müssen, sie hat dies bereits getan, damit indirekt auch die europäischen bzw. die französischen Steuerzahler. Die zweite Perspektive betrifft das Gleichgewicht zwischen den beiden Ländern. Nicht wenige sagen: Die Bundesrepublik war auch schon in der Vergangenheit ein starker Partner. Nun kommt noch die ehemalige DDR hinzu. Das vereinigte Deutschland besitzt folglich ein noch einmal stärkeres wirtschaftliches Potential. Der Abstand zu Frankreich, der schon ziemlich groß war, wird noch größer ...

HK: Wird aber ein gegenseitiges Aufrechnen von nationalen Bevölkerungszahlen und Bruttosozialprodukten der tatsächlichen Verflochtenheit der EG-Länder gerade im Wirtschaftsbereich überhaupt noch gerecht? Hat sich diese nationale Sichtweise nicht überlebt?

Ménudier: Eine solche Sichtweise ist tatsächlich anachronistisch. Wir befinden uns in der Zeit der Interdependenz. Deswegen stört mich das Argument des zunehmenden wirtschaftlichen Gewichts von Deutschland innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht sonderlich. Ich sage mir: Wenn Deutschland stark ist, wird dies letzten Endes der Europäischen Gemeinschaft als ganzer zugute kommen. Aber Sie können nicht verhindern, daß nationale Statistiken angelegt und so die Länder miteinander verglichen und aneinander gemessen werden. Mit der Tatsache, daß Deutschland wirtschaftlich stärker geworden ist, verbindet man dann die Befürchtung, daß es die großen Orientierungen in der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft stärker zu beeinflussen sucht. Oder daß es – im Bewußtsein der eigenen Stärke auf dem Gebiet des Außenhandels – versucht sein könnte, seine politischen Konditionen zu diktieren. Man denkt immer noch in den veralteten Schablonen des Kräftegleichgewichts. Den Widerspruch zwischen den äußeren Tatsachen, also in diesem Fall der Interdependenz, und der öffentlichen Meinung oder den Mentalitäten, die Zeit brauchen, um sich diesen neuen Bedingungen anzupassen, kennen wir auch aus anderen Zusammenhängen.

HK: Was aber bedeutet diese Entwicklung für das politische Selbstverständnis Frankreichs? Die Bundesrepublik ist größer geworden, möglicherweise wird sie politisch mächtiger, wird Frankreich damit auch kleiner? Wurde Frankreich durch die Ereignisse in Deutschland und Osteuropa – wie zu lesen war – „redimensioniert“?

Ménudier: Die Rahmenbedingungen für die europäische Zusammenarbeit haben sich geändert, das ist allen Beteiligten bewußt. Bis zum letzten Jahr war die Lage relativ übersichtlich: In dem kleinen westlichen Europa gab es die Europäische Gemeinschaft. Unsere Aufgabe war es in erster Linie, die Gemeinschaft weiterzuentwickeln, an Osteuropa brauchten wir dabei kaum zu denken. Die Schranken, die uns bislang von den osteuropäischen Län-

dern trennten, sind nun gefallen, und wir müssen uns etwas Neues einfallen lassen. Die Bundesrepublik ist größer geworden, wahrscheinlich auch mächtiger. In der Mitte Europas wird sie eine wichtige Rolle spielen. Für Frankreich ist dies eine Herausforderung. Statt nun unentwegt über unsere Probleme zu lamentieren, sollten wir diese Situation als eine Ermunterung verstehen, unsere Wirtschaft so zu entwickeln, daß sie der deutschen Wirtschaft gegenüber konkurrenzfähig bleibt.

HK: Andererseits geht nun mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Frankreichs Status als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs zu Ende, der für die französische Nachkriegspolitik bis heute immerhin von beachtlichem Gewicht war.

Ménudier: Die Beendigung des Status als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs wird in Frankreich nicht als Verlust empfunden. Im Rahmen der 2+4-Gespräche ist man gemeinsam zu dem Entschluß gekommen, Deutschland seine Souveränität zurückzugeben. Das war das Ergebnis von Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern. Es gibt heute keinen Grund mehr, Deutschland als weniger gleichberechtigt einzustufen als andere Länder. Im übrigen haben wir noch nicht alles verloren: Wir sind weiterhin ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dieser Sitz steht nicht zur Disposition, und ich glaube auch nicht, daß die gegenwärtige Diskussion über eine Aufnahme der Bundesrepublik als ständiges Mitglied schnell aktuell wird. Wenn es eine Anpassung beim Weltsicherheitsrat geben wird, dann wird es eher so sein, daß die EG als ganze einen Sitz erhält. Im übrigen vertritt Frankreich in dieser Rolle schon jetzt nicht einfach nur die eigenen Interessen, sondern diejenigen Europas. Ein weiterer wesentlicher Unterschied besteht in der Atombewaffnung: Frankreich besitzt sie, Deutschland nicht. Aber ich glaube, daß diese Art, die Probleme anzugehen, unangemessen ist. Nicht Nation soll gegen Nation auftrumpfen. Entscheidend ist, ob wir die gleiche Vorstellung von Europa und von den Mitteln haben, mit denen wir dies Europa erreichen wollen.

„Wir brauchen weiterhin ein glaubwürdiges Verteidigungssystem“

HK: Aber gerade die Atombewaffnung ist eines jener Elemente, die für manchen nicht nur außerhalb Frankreichs geradezu den „Mythos“ der internationalen Stellung Frankreichs begründen ...

Ménudier: Frankreich weiß natürlich, daß es nur eine mittlere Macht ist und keine Supermacht, wobei gerade gegenwärtig auch der Begriff der Supermacht einem starken Wandel unterworfen ist. Frankreich hat immer eine bestimmte internationale Rolle gespielt. Das hängt mit seiner Vergangenheit zusammen, mit dem Kolonialreich, auch wenn sich das Verhältnis zu den Kolonien grundlegend verändert hat. Daß Frankreich vorläufig einen bestimmten Einfluß in der Welt behält, hängt auch mit der

französischen Sprache zusammen, mit der politischen Kultur Frankreichs. Dieser internationale Rang Frankreichs wird auch von den anderen Mächten nicht in Frage gestellt. Daß es als Folge der Wiedervereinigung Deutschlands zu einer Herabstufung Frankreichs kommen wird, glaube ich daher nicht. Ich glaube aber auch nicht, daß die Staaten in der EG alle den gleichen Rang haben müssen. Wir wollen ein vielfältiges Europa, und wir müssen weiter damit leben, daß die EG-Länder über einen unterschiedlichen internationalen Einfluß verfügen.

HK: Kritik wegen seiner Atombewaffnung hat Frankreich sich auch in der Vergangenheit schon gerade aus der Bundesrepublik gefallen lassen müssen. Inzwischen liegen nicht nur Deutschland, sondern auch Teile des demokratisch gewordenen Osteuropa innerhalb der maximalen Reichweite der Atomrakete Hadès. Wie wird sich Frankreich in dieser Frage in Zukunft verhalten?

Ménudier: Mit Hadès haben wir natürlich jetzt erhebliche Probleme, das ist richtig. Vergessen Sie jedoch nicht, daß Hadès nur eines der Elemente der „force de frappe“ darstellt, daneben verfügen wir über Atomwaffen mit mittlerer Reichweite und strategische Waffen. Wenn das Arsenal glaubwürdig sein soll, muß man von allem etwas haben. Ich glaube nicht, daß von der Hadès eine besondere Bedrohung gegen Deutschland oder gegen Osteuropa ausgeht. Diese Diskussion ist jetzt neu entfacht worden, weil zwischen Frankreich und der Bundesrepublik unterschiedliche Sichtweisen von der sicherheitspolitischen Situation in Osteuropa bestehen: In Frankreich gibt man sich eher zurückhaltend und mahnt zur Vorsicht – die Lage könnte noch gefährlich werden: Das Konfliktpotential in Osteuropa bleibt weiterhin sehr groß wegen der Minoritätenprobleme, wegen nationaler und Grenzkonflikte. Deswegen brauchen wir weiterhin ein relativ glaubwürdiges Verteidigungssystem – nicht, um dies eines Tages zu benutzen, sondern um damit zu drohen, daß man es eventuell benutzen könnte. Der große Widerspruch der Atomwaffen besteht eben darin, daß sie benutzt werden, um nicht benutzt zu werden.

HK: Frankreich ist Mitglied der Nato, aber nicht Teil ihrer militärischen Integration. Wird diese Form der Einbindung in das westliche Bündnis der heutigen Lage noch gerecht?

Ménudier: Es ist klar, daß wir in den nächsten Jahren eine gründliche Diskussion über die Sicherheitspolitik haben werden – in Frankreich, in den anderen westlichen Ländern und zwischen Ost und West. Der sicherheitspolitische Kontext verändert sich. Frankreich kann nicht annehmen, davon wie auf einer Insel unberührt zu bleiben. Deshalb hat auch die Diskussion darüber bereits eingesetzt, ob wir die gesamte „force de frappe“ wirklich brauchen. Sie kostet viel Geld, und wir hätten das Geld gerne für etwas anderes. In Wien und Genf wird über Abrüstungsmaßnahmen verhandelt – wir wissen, daß wir dies mittragen müssen. Wir stehen etwa vor der Frage, ob die landgestützten Atomwaffen in der Provence erneuert

werden müssen und ob diese angesichts der veränderten Bedrohungssituation nicht besser auf U-Boote oder Flugzeuge gehören. Was die Integration in die NATO angeht, fürchte ich, daß diese Frage zum Tabu erhoben werden wird. Frankreich wird nicht in die atlantische Integration zurückkehren. Die damalige Entscheidung de Gaulles war zwar sehr umstritten, aber ich sehe heute keinen Politiker, der so viel politische Autorität besäße, um hier eine Umorientierung einzuleiten. Die Franzosen würden dies nur schwer verstehen, gerade zu einer Zeit, in der die atlantische Allianz selbst vor einer Neudefinition ihrer Aufgaben steht. Außerdem stellt sich die Frage einer verstärkten Verantwortung der EG auf dem Gebiet der militärischen Sicherheit: Liegt es doch in der Logik des Prozesses der Einigung, daß die EG sich nicht nur mit Währungs- und Wirtschaftsfragen beschäftigt, sondern auch mit Außenpolitik und Sicherheitsfragen.

„Europa stellt für Frankreich eine große Chance dar“

HK: Sehen Sie Anzeichen dafür, daß Frankreich nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und durch sie motiviert hier eine schnellere Gangart einschlägt, um so – unabhängig von der weiteren Entwicklung der Militärblocke – Deutschland militärisch stärker einzubinden?

Ménudier: Dieser Hintergedanke spielt zweifellos auch eine Rolle. Wir sind bemüht, die Deutschen so weitgehend wie möglich in den Westen einzubinden. Andererseits haben wir in dieser Hinsicht gegenwärtig wenig Sorgen, weil uns die Bundesregierung viele Zusicherungen gemacht hat. Was später sein wird, das wissen wir natürlich nicht, und insofern ist es vielleicht gut, schon heute dafür zu sorgen, daß sich diese Bindungen nicht lockern. Die Atlantische Allianz muß über ihr Konzept nachdenken. Diese Diskussion kommt auf uns aber noch aus einem anderen Grund zu: wegen unserer militärischen Präsenz in Deutschland. Wenn die Sowjetunion Ende 1994 Deutschland verlassen hat, besteht kein Grund, westliche Truppen weiterhin zu behalten. Es sei denn, wir versuchen in diesen vier Jahren, ein europäisches Konzept zu entwickeln. Es muß darüber nachgedacht werden, auf welcher Basis französische Truppen in der Bundesrepublik bleiben könnten. Wenn wir daran interessiert sind, daß französische Truppen in Deutschland bleiben, müssen wir auch bereit sein, deutsche Truppen in Frankreich aufzunehmen. Aber über letzteres hat die Diskussion in meinem Land noch kaum angefangen.

HK: Warum aber dann die in Deutschland als brüsk empfundene, einseitige Ankündigung des vollständigen Rückzugs der französischen Truppen aus der Bundesrepublik? Deutet diese Entscheidung auf eine gewisse Empfindlichkeit hin, die mit dem Verlust des Status als Siegermacht zu tun haben könnte? Wollte man damit deutlich machen, daß man auf die Präsenz in Deutschland nicht angewiesen ist?

Ménudier: Letzteres sicher auch. Vielleicht spielt hier schlicht eine Rolle, daß man sich gern bitten läßt. Man geht weg – aber erwartet irgendwie, daß man zurückgeholt wird, und dann kann man miteinander diskutieren. Ich war auch überrascht, wie schnell die französische Regierung den Abzug der Truppen ankündigte. Ich finde dies nicht gut. Wir haben in den letzten 20 Jahren auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik intensiv zusammengearbeitet. Wir sollten daher auf diese Gemeinsamkeiten auf keinen Fall verzichten. Im Gegenteil. Wir sollten verstärkt darüber nachdenken, was wir in der heutigen Situation noch mehr gemeinsam tun können.

HK: War insofern die Entscheidung für die Bildung einer deutsch-französischen Brigade vor einigen Jahren aus heutiger Sicht in gewisser Weise providentiell? Als der Plan damals bekannt wurde, waren die ersten Reaktionen eher ratlos: Man wußte nicht recht, welche Funktion ein solches bilaterales militärisches Unternehmen innerhalb der Allianz haben könnte.

Ménudier: Man kann diese Entscheidung heute durchaus providentiell nennen, damals jedenfalls überraschte sie. Die damit gemachten Erfahrungen wird man nicht allgemein anwenden können: Die Bundesrepublik ist in die NATO militärisch integriert, Frankreich nicht. Man kann dies also nur mit territorialen Truppen machen, die nicht dem NATO-Oberbefehl unterstehen. Daß man so etwas mit Teilen nationaler Streitkräfte versucht, ist dennoch ein guter Anfang. Vor allem zeigt es, daß – wenn wir ernst machen wollen mit der europäischen Einheit im Verteidigungsbereich – wir uns mehr um die Interoperabilität der Streitkräfte bemühen müssen: die Streitkräfte müssen erst noch in die Lage versetzt werden, zusammenarbeiten zu können. Was im kleinen deutsch-französischen Rahmen erprobt wird, kann lehrreich sein für den größeren europäischen Raum.

HK: Der Elan, mit dem gerade in jüngster Zeit in Frankreich auf die europäische Karte gesetzt wird, verwundert, geht es dabei doch langfristig unvermeidlicherweise auch um die Aussicht, Teile der eigenen Souveränität an gesamteuropäische Instanzen abzugeben. Aus der Vergangenheit ist Frankreich als ein Land bekannt, das die eigene Souveränität über alle Maßen schätzt und zu wahren bemüht ist. Hat sich daran etwas geändert?

Ménudier: In Sachen Souveränität sind wir vielleicht nicht so weit wie die Deutschen. Das ist aber auch verständlich: Für die Deutschen war es nach Gründung der Bundesrepublik viel leichter, auf eine Souveränität zu verzichten, die sie sowieso nicht hatten. Der Verzicht auf Souveränität steht schon im Grundgesetz. Das ist wahrscheinlich die einzige Verfassung in Europa, in der so etwas vorgesehen ist. Andererseits zeigt dies, daß es die Westdeutschen mit der europäischen Einigung sehr ernst nehmen. Für uns ist dies viel schwieriger wegen unserer Geschichte. Aber auf der anderen Seite haben wir in Frankreich wirklich verstanden, daß die Zeit der alleinstehenden Nationen vorüber ist und daß unsere Rettung nur im Aufbau

einer europäischen Gemeinschaft besteht. Frankreich weiß, daß es sich allein nicht behaupten kann und daß Europa eine große Chance darstellt. Deswegen wird dieses Ziel bei uns recht positiv aufgenommen, vielleicht sogar positiver als in der Bundesrepublik. Das ist der letzte Traum, die letzte Chance, die wir noch haben ...

HK: Steckt dahinter auch der Wunsch, gewissermaßen mit Hilfe Europas die Politik fortsetzen zu können, die man als einzelne Nation zwischen, am Rande und neben den Supermächten in der Vergangenheit zu machen versucht hat?

Ménudier: Warum nicht? Wir haben immer eine besondere Rolle gespielt. Warum sollten wir darauf so ganz verzichten? Wir wollen beim Aufbau Europas präsent sein. Frankreich hat den Aufbau Europas geprägt. Wir haben wichtige Initiativen angestoßen. Einige Niederlagen sind auch von Frankreich zu verantworten, das muß man allerdings auch sagen, besonders im Zusammenhang mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der politischen Integration. Alles zusammengenommen glaube ich allerdings, daß die Bilanz relativ positiv für Frankreich aussieht. Auf jeden Fall kann man nicht sagen, daß Frankreich in den zehn letzten Jahren in erster Linie eine Bremsrolle gespielt habe. Wir haben eher versucht, Gas zu geben – auch wenn es uns manchmal schwerfällt, bestimmte Souveränitätsrechte abzugeben. Aber in Wirtschafts- und Währungsfragen haben wir bereits weitgehend auf unsere Souveränität verzichtet. Eine nationale Außenpolitik gibt es heute eigentlich nicht mehr.

„De Gaulle hat die Wiedervereinigung vorausgesehen“

HK: Ist das auch der Grund dafür, daß Frankreich sich reserviert verhält gegenüber dem erst unlängst vereinbarten deutsch-sowjetischen Partnerschaftsvertrag, in dem sich nach französischer Lesart bilaterale Verpflichtungen finden, die die Einbindung Deutschlands in Nato und EG nicht ausreichend berücksichtigen?

Ménudier: Ja, weil wir jetzt in eine Phase gekommen sind, in der man – sofern man wirklich Mitglied der Gemeinschaft sein will – Rücksicht nehmen muß auf die Partner. Wenn – wie im Fall des deutsch-sowjetischen Vertrages – solche Verpflichtungen aufgenommen wurden, dann muß die Frage erlaubt sein, ob dies im einzelnen in Einklang zu bringen ist mit den Verpflichtungen, die man innerhalb der EG eingegangen ist. Hier sind einige Schwierigkeiten entstanden zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, wobei ich nicht glaube, daß es zu einer ernsteren Verstimmung kommen wird. In Frankreich weiß man, daß es für die Sowjetunion nicht einfach war, ihr Ja zur Wiedervereinigung zu geben – dafür mußten ihr einige zumindest verbale Konzessionen gemacht werden.

HK: Und die Sorge wegen eines deutsch-sowjetischen Sonderverhältnisses?

Ménudier: Natürlich spielt diese auch eine Rolle. Die Reaktion ist immer gleich: Man denkt zuerst an die Vergangenheit. In der Vergangenheit – Stichwort „Rapallo“ – hat es schon solche Alleingänge gegeben. Die Lage ist aber heute völlig anders, insofern besagt dieser Vergleich im Grunde nicht viel.

HK: Nun besteht das Problem für Frankreich nicht nur in einem befürchteten deutsch-sowjetischen Sonderverhältnis. Traditionell tut man sich schwer mit dem, was man „Mitteleuropa“ nennt. Im kleinen EG-Europa bildete Frankreich das Zentrum, in einem sich nach Osten öffnenden Europa gerät es an den Rand. Die deutsche Sprache besitzt in Osteuropa traditionell eine relativ starke Stellung. Wie wird Frankreich sich dazu verhalten?

Ménudier: Wir geben den Kampf nicht auf – auch was die Sprache angeht. Wir wissen, daß die deutsche Sprache in Ost-, Mittel-, Südosteuropa gut vertreten ist, aber auch die französische Sprache war dies eigentlich seit langem. Die politische Präsenz in diesen Staaten wird man verstärken. Schließlich wird Frankreich daran erinnern, daß es Aufgabe der EG als ganzer ist, sich um die Entwicklung der Beziehungen zu Osteuropa zu kümmern. So etwas kann bilateral geschehen, aber es gehört auch auf die Ebene der EG. Die EG könnte in dieser Hinsicht so etwas wie eine Koordinierungsfunktion haben. Entweder wir bilden wirklich zusammen eine Europäische Gemeinschaft und bemühen uns um eine gemeinsame Haltung in diesen Dingen oder wir bleiben der Zeit der unabhängigen souveränen Nationalstaaten verhaftet.

HK: Welcher Linie bei der weiteren Entwicklung Europas wird Frankreich den Vorzug geben: dem konsequenten Ausbau der bestehenden Gemeinschaft oder der möglichst zügigen Erweiterung der EG durch die östlichen Länder?

Ménudier: Wir wollen den realistischen Weg einnehmen. Nicht alles ist auf einmal möglich. Die Vorstellung, daß man die osteuropäischen Staaten möglichst schnell in die EG aufnehmen sollte, ist nicht zu realisieren. Eine der wenigen Strukturen, die heute wirklich fest dasteht, ist die Europäische Gemeinschaft. Wir haben einen genauen Kalender, in dem festgelegt ist, was bis wann erreicht werden

soll. Die nächste Etappe ist der große Binnenmarkt bis zum 1. Januar 1993. Dann kommt die Währungs- und Wirtschaftsunion und parallel dazu die politische Union. Das ist schon sehr viel. Wenn dieses Europa stabil ist, können wir uns mit der Frage der Öffnung der EG beschäftigen. Das bedeutet nicht, daß wir in der Zwischenzeit für Osteuropa nichts tun können. Aber wir können nicht alles auf einmal erreichen, zumal wir nicht nur vor Beitrittswünschen von Osteuropa stehen; es liegen auch Beitrittswünsche von Efta-Ländern vor – es laufen Verhandlungen für die Bildung eines großen europäischen Wirtschaftsraums. Für die Zukunft wird dies die Hauptfrage sein: Wie können wir die Strukturen ausbauen und festigen und zugleich offen genug sein für weitere beitragswillige Länder?

HK: Im November hat Frankreich den 100. Geburtstag des Begründers der Fünften Republik gefeiert, Charles de Gaulle. Sein „Europa der Vaterländer“ unterscheidet sich erheblich von dem Europa, für das sich Frankreich heute einsetzt. Daher abschließend die Frage: Erscheint das politische Handeln de Gaulles nach den Ereignissen des letzten Jahres in Europa in einem anderen Licht?

Ménudier: Es ist auf jeden Fall daran zu erinnern, daß de Gaulle die Wiedervereinigung vorausgesehen hat. 1959 gab es eine berühmte Pressekonferenz, auf der er sehr deutlich gesagt hat, die Wiedervereinigung werde eines Tages stattfinden, und man werde sich damit innerhalb der EG abfinden müssen. Warum hat er das schon so früh vorausgesehen? Weil er gesehen hat, daß die Nation wichtig ist und daß eine Nation nicht ewig gespalten bleiben kann. Weil de Gaulle immer davon ausgegangen ist, daß Nationen ein bleibendes Element darstellen, während er die politischen Regime für vergänglich hielt, war für ihn klar: Der Kommunismus wird eines Tages vergehen wie auch der Faschismus verschwunden ist. Und wenn er überwunden wird, findet die Nation wieder zusammen, und die Zusammenarbeit mit diesem Deutschland wird für Frankreich eine wichtige Rolle spielen. Das war einer der Gründe, warum er auch – man hat damals darüber gelacht – von einem Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ gesprochen hat. So falsch war diese Perspektive nicht ...

„Ein Ringen, unendlich facettenreich“

Gedanken eines Bischofs über Sprache und Sprechen in der Kirche

„*Ringens um Sprache*“ hieß der Titel eines Referats des Bischofs von Innsbruck, Reinhold Stecher, auf dem Dreiländertreffen katholischer Journalisten (aus Deutschland, aus Österreich und aus der Schweiz) Ende September in Puchberg bei Wels (Österreich). Es sind Gedanken eines Bischofs, der seine eigenen Schwierigkeiten des Sprechens auf dem aktuellen

kirchlichen und weltlichen Zeithintergrund vor Journalisten und in Austausch mit ihnen reflektiert. Seine Gedanken mitzubedenken und wenn möglich zu beherzigen, bringt sicher nicht nur Journalisten Gewinn. Mit Einverständnis des Autors und Referenten geben wir sie hier deshalb, wenn auch mit umständebedingter Verspätung, im Wortlaut wieder.